

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 5

Ersteinst Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 26. Januar 1930

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 6-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Ruppgraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

Das Wirtschaftsjahr 1929.

□ Rückblicke auf das Wirtschaftsleben eines industriell stark entwickelten Landes bieten Gelegenheit, so manche Einflüsse von Bedeutung festzuhalten. Der Zwang, die wirtschaftlichen Vorgänge schärfer zu beobachten, tritt namentlich jetzt sehr klar zutage. Denn kaum hat das Jahr begonnen, als schon die Staatsmänner Europas wiederum im Haag zusammensitzen, um den Schlußstrich unter die Reparationslösung zu ziehen.

Angesichts dieser Tatsache hat es besonders die deutsche Wirtschaft notwendig, in sich zu gehen und die Grundlagen ihrer Existenz eingehend zu untersuchen. Eigentümliche Maßnahmen sind es, die den Verlauf der Wirtschaft beeinflussen und die Konjunkturschwankungen vertiefen. Noch niemals hat eine solche Verzögerung in Deutschland geherrscht, wie gegenwärtig. Die „Frankfurter Zeitung“ trifft das Richtige, wenn sie in ihrem Wirtschaftsrückblick (Nr. 958) schreibt:

„Schwarzmaerei und Pessimismus, Verzweiflung und Verdrossenheit herrschen in einem Umfange vor, welcher der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Zeit zum Verhängnis werden kann.“

Das Blatt geht dann auf die Gründe dieser Mißstimmung ein und stellt fest, daß die Schuld an der Entnervung des deutschen Unternehmers liegt. Eine Hypochondrie (krankhafte Schwermütigkeit) laste auf den Nerven unserer Wirtschaftsführer, die im ausgesprochenen Gegensatz zu der Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika steht, wo Regierung und Unternehmertum gemeinsam sich der Wirtschaftskrise entgegenstemmen, um den Hochschwung der Wirtschaft weiter aufrechtzuhalten. Es ist dem oben zitierten Blatt auch darin zuzustimmen, wenn es in diesem Zusammenhang schreibt:

„Bei uns überbieten sich manche Syndizii in einem Zusammenbruchsjargon, der kaum irgendwo in der Welt seinesgleichen kennt...“

Bei uns gilt es beinahe auch als vaterländische Pflicht, die Elendsjahmei zu blasen, obwohl sich die Reparationsgläubiger durch noch so ehrliche Nachweise dieser Art noch nie haben erweichen lassen, wie sich in Paris aufs neue gezeigt hat, wo doch im wesentlichen nur Konzessionen in den Zahlen gegen Konzessionen in den Zahlungsbedingungen ausgehandelt wurden. Solche Bemühungen lähmen dafür den eigenen Plan. Die gesundeste Konstitution erträgt es auf die Dauer nicht, ausschließlich mit düsteren Prophezeiungen gequält zu werden, ohne schließlich als malade imaginäre (eingebildete Kranke) für wirkliche Krankheiten eine

übernormale Empfänglichkeit zu bekommen. Es ist höchste Zeit, daß wir uns besinnen und aufhören, durch Suggestion das Vertrauen in die eigene Kraft zu untergraben.“

Wenn sich die deutschen Unternehmer, die sich selbst als die „Führer der Wirtschaft“ betrachten, auch in der Zukunft als zu schlapp ansehen, die nicht ganz ohne ihre Schuld herbeigeführten Schwierigkeiten zu überwinden, dann sollen sie anderen nervenstärkeren Leuten die Führung überlassen. Die Gewerkschaften werden es an nichts fehlen lassen, stärker als seither als Dränger und Mahner auf den Plan zu treten, denn die Existenz der deutschen Arbeiterklasse wird sehr wesentlich vom Verlauf der Wirtschaft berührt.

Im verfloßenen Jahr war der Arbeitsmarkt im ganzen wesentlich schlechter wie im Jahre zuvor. Eine Erscheinung von Bedeutung waren dessen ganz ungewöhnliche Schwankungen. Die Kurve der Arbeitslosigkeit bewegte sich in jähem Auf und Ab. Wenn wir die letzten acht Vorkriegsjahre zum Vergleich heranziehen, dann bewegte sich die Arbeitslosigkeit in Prozenten der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 1,5 als Mindestmaß und 4,8 als Höchstmaß. Die Schwankungsbreite betrug also 3,3 Proz. In den letzten fünf Jahren jedoch beträgt das Mindestmaß 3,5 und das Höchstmaß 22,6 Proz. Mithin ist die Schwankungsbreite auf 19,1 Proz. angewachsen. In dieser Gegenüberstellung zwischen Freisetzung und Beschäftigung von Arbeitskräften zeigen sich deutlich die veränderten Verhältnisse. Der Konjunkturzyklus wird immer kürzer, er löst das stoßweise Anschwellen und Wiederabstürzen des Beschäftigungsgrades aus. Die Rationalisierung der Produktion ist als einer der Gründe hierfür mit anzusehen.

Die Arbeitslosigkeit war im Jahre 1929 größer als 1928. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß 1929 rund 380 000 neue Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt erschienen. Dieser Neuzuwachs von Arbeitskräften konnte nur zu einem Teil von der Wirtschaft aufgenommen werden. Im Durchschnitt war die Arbeitslosenzahl um 200 000 höher als 1928. Trotzdem war die Produktion im Vorjahre mindestens so hoch wie 1928. Das Konjunkturinstitut nimmt sogar an, daß die Gütererzeugung im ganzen größer gewesen ist als im Jahre zuvor. Rückgänge in einzelnen Teilen der Wirtschaft wurden durch Produktionssteigerungen in anderen Wirtschaftszweigen mehr als ausgeglichen.

Als Entlastungsmoment der Wirtschaftverschlechterung wird die außerordentlich hohe Beschäftigung im Bergbau und in der eisen-schaffenden Industrie angesehen. Der Kohlenbergbau hatte im Jahre 1929 fast durchgängig eine gute Konjunktur zu verzeichnen. Im Bergbau war der Beschäftigungsgrad nur bis auf 97,7 je 100 Gewerkschaftsmitglieder gesunken gegen 88,6 der Produktionsgüterindustrien insgesamt. Die nachstehende Uebersicht vermittelt ein Bild vom Verlauf der Produktion in den Schlüsselindustrien:

	Steu- kohle in Millionen Tonnen	Braun- kohle in Millionen Tonnen	Rohe- eisen in Millionen Tonnen	Stahl in Millionen Tonnen	Produktions- indexziffer 1924/25=100
Januar . . .	13,5	14,8	1,1	1,5	123,4
April . . .	13,4	14,2	1,1	1,4	128,7
Juli . . .	14,4	14,9	1,2	1,5	121,7
Oktober . . .	14,8	16,0	1,2	1,4	126,9
November . . .	—	—	1,1	1,3	—

Die Produktion der vorgenannten Produkte zählt zu den höchsten der Nachkriegszeit. Sie geht sogar über die Ergebnisse des letzten Vorkriegsjahres hinaus. Die Roheisenerzeugung der Vorkriegszeit verhält sich im jetzigen Reichsgebiet zu der gegenwärtigen Erzeugung wie 100 : 119; bei der Steinkohle ist das Verhältnis 100 : 114. Diese Ergebnisse werden mit bedeutend weniger Arbeitskräften erzielt. Hier liegt der Schlüssel zu der hohen Arbeitslosigkeit. Wie die Produktion insgesamt aber gewachsen ist, zeigt die oben mitgeteilte Produktionsindexziffer.

Diesem günstigen Produktionsergebnis in der Rohstoff- und Halbzeugindustrie standen andere ungünstigere gegenüber. Selbst ein so wichtiges Gebiet wie das Baugewerbe konnte 1929 nicht zur Entlastung kommen, da empfindlicher Kapitalmangel und andere Umstände dem entgegenstanden. Die stärkere Ausfuhrfähigkeit reichte bei den meisten Zweigen der Fertigung nicht aus, um die Schrumpfung auf dem Inlandsmarkt auszugleichen.

Der auch im Jahre 1929 anhaltende Wachstumsprozeß der Wirtschaft hatte auch einen stärkeren Warenbedarf zur Folge. Dementsprechend sind auch die Umsätze gestiegen und der Warenumschlag ist auf einer hohen Stufe geblieben. Von 1927 auf 1928 stiegen die gesamten volkswirtschaftlichen Umsätze um 14 bis 15 Milliarden Mark; von 1928 auf 1929 ist eine Steigerung um nur 1 bis 2 Milliarden Mark eingetreten. Es zeigt sich also eine erhebliche Verlangsamung. Die von der Reichsbahn täglich beförderten Güter zeigen durchschnittlich höhere Ziffern. Die Umsätze des Einzelhandels und des Handwerks wurden vom Konjunkturinstitut im Jahre 1928 auf 50 Milliarden Mark geschätzt. Für 1929 wird die gleiche Ziffer angenommen. Gestiegen ist der Umsatz von Nahrungs- und Genussmitteln. Dies liegt im allgemeinen Zuwachs der Bevölkerung begründet.

Der Außenhandel hat im letzten Jahre eine sehr günstige Entwicklung genommen; er war in den letzten Monaten aktiv. Eine besonders günstige Entwicklung hat die Ausfuhr von Fertigwaren genommen. Diese stieg von 791 Millionen Mark im Januar auf 923 Millionen Mark im Oktober und 851 Millionen Mark im November. Die Einfuhr hat im Jahre 1929 die Vorjahreshöhe nicht ganz erreicht, denn die guten Ernten von 1928 und 1929 erlaubten eine Verringerung der Nahrungsmittelfuhr. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren ist hingegen nur wenig zurückgegangen. Die Steigerung der Ausfuhr hat für einzelne Zweige der Wirtschaft den Absatzausfall auf dem Inlandsmarkt teilweise ausgeglichen.

Krisen haben in der Regel einen Rückgang der Preisbewegung zur Folge. Leider ist dieser im Jahre 1929 nur auf den freien Rohstoffmärkten in Erscheinung getreten, während auf den verbandsmäßig geregelten Rohstoffmärkten noch Preiserhöhungen eingetreten sind.

Der Großhandelsindex insgesamt stand im Januar auf 138,9 und im November auf 135,5. Der Rückgang der Großhandelspreise für Konsumgüter, so bemerkt das Konjunkturinstitut hierzu, war bis jetzt noch nicht stark genug, um eine Senkung der Lebenshaltungskosten herbeizuführen. Das heißt mit anderen Worten, daß die zurückgehenden Großhandelspreise dem Zwischen- und Kleinhandel zugute kamen. Die große Masse der Verbraucher merkte davon noch nichts. Auch der Rückgang der Großhandelspreise für Agrarstoffe, der die Landwirtschaft in eine mißliche Lage gebracht hat, wirkte sich auf dem Lebensmittelmarkt nicht aus.

Die Stundenlohnsätze sind im verflossenen Jahr weiter gestiegen, doch erfolgte die Steigerung nur in sehr geringen Ausmaßen. Das Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung soll von 1928 auf 1929 eine Zunahme von rund einer Milliarde erfahren haben. Da die Lebenshaltungskosten nach der amtlichen Statistik ungefähr gleich geblieben sind, müßte eine

geringe Erhöhung der Reallohne eingetreten sein. Beachtenswert ist jedoch, daß die amtliche Berechnung der Lebenshaltungskosten nicht den gesamten Bedarf einer Arbeiterfamilie erfasst. Es fehlen u. a. Steuern und soziale Leistungen. Dabei ist der Lebenshaltungsindex auf die primitivsten Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie abgestellt.

Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft im neuen Jahr sind nicht besonders rosig. Aber wie bereits eingangs vermerkt, sollte endlich an Stelle der tiefen Niedergeschlagenheit ein gewisser Optimismus treten. Die deutsche Wirtschaft hat eine so fürchterliche Krise wie den Krieg überstanden. Sie hat die Ruhrbesetzung, die Vermögensumschichtung und die Inflation überwunden und ist nachdem zu einer Höhe gelangt, die sich selbst kühne Optimisten nicht haben träumen lassen. Nun, da die endgültige Regelung der Reparationsfrage in Aussicht steht und eine gedeihliche Zusammenarbeit namentlich der europäischen Staaten wahrscheinlich ist, sollte das Problem der deutschen Wirtschaft von kühnen Naturen einmal in ernsthafter Weise angefaßt werden. Die Erhöhungen des Sozialprodukts ist das Wesentliche. Alle Voraussetzungen dazu sind unseres Erachtens gegeben. Eine allgemeine Erhöhung des Sozialprodukts wird auch eine Erhöhung des Soziallohnes zur Folge haben. Hoher Soziallohn und gestärkte Massenkaufrkraft wirkt auf ein stark industrielles Land wie ein warmer Regen auf verdorrten Boden. Wirtschaftskämpfe werden auch in dem bevorstehenden Jahre nicht ausbleiben. Das Problem der Lastenverteilung ist noch nicht gelöst, und darum müssen die Gewerkschaften starke Stöße zu empfangen, aber auch auszuweichen in der Lage sein. Je stärker daher unsere Gewerkschaften sind, um so besser können sie beim Kampf um die Lastenverteilung die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen.

Die einzig richtige Schlussfolgerung aus der Erscheinung der Zeit ist darum:

Stärkt euren Verband!

Die Lage in der Buchbinderei.

In einem längeren Aufsatz in Nummer 2 der „Papier-Zeitung“ behandelt G. Zimmermann-Leipzig „Das deutsche Buchbindergewerbe“, in dem er die Geschäftslage seit der Inflation, die Gründe des Niederganges und die Möglichkeiten des Aufstieges der Buchbinderei zu würdigen versucht. Es ist bei dem Versuch geblieben, wie der nachfolgende Auszug aus dem Aufsatz zeigt. Zimmermann sagt u. a.:

„Einer der Gründe für die damalige (1926) gedrückte Lage im deutschen Buchbindergewerbe gilt auch heute noch. Der Produktionsapparat hatte in den letzten Jahren eine wesentliche Ausdehnung erfahren, wie nachstehende Ziffern beweisen (in Prozenten):

Maschinenart:	1907	1913	1926
Automatische Falzmaschinen	100	293	553
Falzmaschinen mit Handantage	100	123	137
Stichtmaschinen	100	131	200
Deckenmachmaschinen	100	158	211
Bücherfertigmachmaschinen	100	188	266
Bücherbeschneidemaschinen	100	130	189
Handpressen	100	111	124
Farbendruck- und Tiegeldruckpressen	100	128	161

Nun trat wohl seit der Vorkriegszeit eine Steigerung der herausgegebenen Bücher ein. Dagegen machte sich eine be-

trächtliche Senkung der Auflagenhöhe der Neuerscheinungen bzw. Neuausgaben bemerkbar, die man im Durchschnitt mit mindestens 40 Prozent berechnet hat. Die Auftragshöhe bei den Buchbindereien ist also viel zu klein, um eine volle Ausnutzung der Betriebsmittel zu ermöglichen. Außerdem tritt noch hinzu, daß verschiedene Arbeiten, die früher nur in den Buchbindereien ausgeführt wurden, jetzt beim Buchdrucker miterledigt werden.

Das Geschäftsjahr 1926/27 brachte keine Absatzbesserung. Im Gegenteil zeigte die Einschränkung der Buchherzeugung eine neuerliche Verschärfung, da im Verlagswesen Zahlungseinstellungen häufiger wurden, die Auftragsverminderungen und Geldverluste mit sich brachten. Die Arbeitslosigkeit blieb daher auf einem verhältnismäßig hohen Stande. Die Folgezeit brachte dann eine langsame Besserung der Geschäftslage. Die Arbeitslosenziffern gingen etwas zurück. Lohnforderungen traten aber wieder auf, und der Spitzenlohn stieg bis 1,15 Mk. im Jahre 1929.

Hiermit war eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Unternehmungen möglich. Die ausländischen Buchbindereien sind jetzt in der

Lage, dem deutschen Verleger billigere Erzeugnisse anbieten zu können. An diesen Verhältnissen sind auch die hohen Werkstoffpreise schuld. Die Lieferanten begründen ihre hohen Preise im Inlande damit, daß sie nach dem Auslande, um wettbewerbsfähig zu bleiben, billiger liefern müßten. Auf diese Weise erhalten die außerdeutschen Buchbindereien die wichtigsten Rohmaterialien zu besseren Bedingungen als die deutschen. Die deutschen Unternehmer können sich nicht mit der Einfuhr der hauptsächlichsten Rohstoffe helfen, da auf diesen zu hohe Zölle liegen. Daraus ergibt sich eine Zunahme des Auftragsbestandes in Wien und in der Tschechoslowakei. Die Schweiz und die Niederlande konnten zum größten Teile zur Selbstherstellung übergehen. Am einschneidendsten ist aber der Verlust des früher von den süddeutschen Betrieben beherrschten Elßaß-Lothringens.

Von Verlegerseite wird versucht, die Preise zu drücken. Der Buchbinder muß deshalb Aufträge zu ungenügenden Preisen hereinnehmen. Verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Buchbinder und Verleger würde beide Teile befriedigen.

Kann man unter solchen Umständen noch von einer Rentabilität im deutschen Buchbindergewerbe sprechen? Die meisten Betriebe arbeiten ohne oder mit so geringem Gewinn, daß nur eine geringfügige Verzinsung des Anlagekapitals herauskommt. Eine dreiprozentige Dividende gehört zu den besten Ergebnissen. Vergleiche man damit die Ergebnisse anderer Industriezweige und besonders des Bankgewerbes. Der Zahlungseingang ist so schleppend wie in keinem anderen Industriezweig. Häufig müssen Forderungen infolge des Zusammenbrechens der Verleger abgeschrieben oder Wechsel immer wieder prozontiert werden. Barzahlungen sind so gut wie gar nicht vorhanden, die jeweiligen Bankverbindungen drängen aber auf Abwicklung der Kredite. Die hypothekarische Verschuldung nimmt deshalb stark überhand. Bei solchen Zuständen kann Abhilfe im allgemeinen nur durch betriebliche Maßnahmen, die auf Verminderung der Betriebskosten hinielen, geschaffen werden. Kündigung überflüssiger Arbeitskräfte wird sich dabei kaum vermeiden lassen. Auch die zunehmende Modernisierung der Betriebe wird notwendig werden, die sich zeitparend auswirken wird. Bei Großbetrieben wird die Einführung moderner Arbeitsverfahren größere Vorteile erzielen als bei Kleinbetrieben. Dabei dürfen diese Bestrebungen nicht auf Vergrößerung des vorhandenen Produktionsapparates hinauslaufen, nur die Erzeugung veralteter Produktionsmittel durch neue darf Platz greifen. Dabei ist insbesondere an Maschinen zu denken, die mehrere Produktionsvorgänge auf einmal erledigen. Vielleicht wird sich die Normung der Erzeugnisse günstig auswirken, wenngleich die Erzeugung für den Einzelgeschmack weiterhin von großer Bedeutung bleiben wird. Als Ersatz für den Rückgang der Buchbinderarbeiten muß auf Erweiterung des Arbeitsfeldes Bedacht genommen werden. Sondererzeugnisse für Industrie und Bürobedarf werden mancherlei Verdienstmöglichkeiten mit sich bringen. Einige Großbuchbindereien haben mit der Einbeziehung der Erzeugung solcher Waren Erfolge erzielt. Auf diese Weise lassen sich vielleicht sogar neue Ausfuhrmöglichkeiten finden. Trotdem wird das Schwergewicht im Buchbindergewerbe bei der buchbinderischen Arbeit bleiben müssen.

Wie eingangs schon angedeutet, ist es bei dem Versuch geblieben, Möglichkeiten des Aufstieges der Buchbindereien aufzuzeigen, wie jedes sich in dieser Richtung bewegendes Bemühen ein Verstoß bleiben muß, wenn es sich scheut, den Finger auf die Wunde zu legen. Mit leisen Andeutungen ist eben nichts getan. Zimmermann hat schon recht, wenn er auf die Uebersetzung in der technischen Einrichtung unserer Buchbindereien hinweist, die eine rationelle Ausnützung der Betriebsanlagen verhindern. Er hätte jedoch mit dem gleichen Recht auch auf die Uebersetzung der Zahl der Betriebe aufmerksam machen müssen, die als Folgeerscheinung die denkbar blödeste Konkurrenz der Betriebe untereinander gebracht hat. Und diese wieder ist die Ursache der Preisdrückerei durch die Verleger, denen man diese doch gar nicht verdenken kann, wenn ihnen von den Buchbindereibesitzern selbst dieser Weg — durch das gegenseitige Abjagen von Aufträgen durch billigere Angebote — gezeigt wird. Was wir schon immer gesagt haben, das ist auch heute noch richtig, richtiger wahrscheinlich noch denn je zuvor: den Leitern unserer Buchbinderei tut etwas mehr Selbstbewußtsein gegenüber ihren Auftraggebern not, etwas mehr Berufsstolz, der sich auf Qualitätsarbeit stützen kann, etwas mehr Erkenntnis und Würdigung des Wertes der Arbeit, die aus unseren Buchbindereien hervorgeht, etwas mehr Mannesmut vor Verlegerthronen!

Auch den Werkstofflieferanten gegenüber dürfte ein festeres Auftreten nützlich sein. Solange die heimischen Abnehmer der Werkstoffe höhere Preise zu zahlen gezwungen sind als die ausländischen, so lange wird auch die Gefahr der ausländischen Konkurrenz nicht verschwinden. Ausfuhrwerte mit gesteigerten Inlandspreisen zu bezahlen, bedeutet doch nichts anderes als die Förderung der fremdländischen Konkurrenz, über die man so sehr jammert.

Das und ähnliches mehr hätte Zimmermann in seinem Aufsatz unseren Unternehmern sagen müssen, und er hätte gewiß ein verdienstliches Werk getan. Statt dessen stellte er den gesteigerten Lohn der Arbeitkräfte an die erste Stelle, obwohl er weiß, daß der Lohn durchaus nicht die ausschlaggebendste Rolle im Haushalt einer Buchbinderei spielt und ein Blühen der Industrie niemals durch Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden kann.

Aus der Geschäftsbuchbranche.

Durch die in unserer „Buchbinder-Zeitung“ erfolgten Veröffentlichungen über die Bildung eines neuen Unternehmerverbandes der Gruppe Papierverarbeitung tritt diese in den Vordergrund des Interesses unserer Kollegenschaft. Wirtschaftlich ist die Kontobuchbranche naturgemäß von der allgemeinen Krise schwer betroffen worden. Bei dem schlechten Geschäftsgang wird in den Kontoren nur der dringendste Bücher- und Formularbedarf gedeckt. Hinzu kommen noch für die Geschäftsbuchindustrie die bekannten Veränderungen des Bürobetriebes, das heißt die Bevorzugung des Lozen-Blattsystems, des Durchschreibverfahrens und der maschinellen Buchung mit gleichzeitiger Beschriftung mehrerer Formulare auf einmal. In der Lohnbuchhaltung größerer Betriebe sind zum Beispiel kaum noch gebundene Bücher im Gebrauch. Die Kartellsysteme aller Arten sind vorherrschend im modernen Bürobetrieb geworden. Der Gesamtverbrauch gebundener Bücher dürfte kaum mehr die Hälfte der Vorkriegsmenge betragen. Dazu kommt, daß die allerwärts aufgerichteten Zollschranken viele Exportmöglichkeiten, insbesondere nach Nord- und Südamerika und nach der Levante, beschnitten haben.

Alle diese Umstände haben auch in unseren Kollegenkreisen die Ansicht aufkommen lassen, daß die Geschäftsbuchbranche im Niedergang begriffen ist. Das aber trifft doch nicht ganz zu. Einmal ist der noch verbliebene Bedarf gebundener Bücher an sich immer noch recht beachtlich, und dann haben sich die bedeutendsten Firmen des Faches mehr und mehr auf die Anfertigung des modernen Bürobedarfs umgestellt. Das ausgedehnte Vertretersystem, daß diese Fabriken seit jeher hatten, setzte sie in die Lage, sich den Erfordernissen des Marktes schnellstens anzupassen. Es darf ferner nicht vergessen werden, daß die Scheinblüte der Inflation gerade die Geschäftsbuchbranche ungeheuerlich aufgeblüht hat und daß mit Eintreten normaler Verhältnisse alle Betriebe zusammenschumpfen, einzelne ganz verschwinden mußten.

In technischer Beziehung sind in den Kontobuchfabriken durch die Umstellung in erster Linie die neuesten Präzisionschneidemaschinen sowie die verschiedensten Arten von Stanzmaschinen zu besonderer Wichtigkeit gekommen. Maschinenbuchungsformulare und Karteien erfordern ein so genaues Schneiden und Stenzen, daß Differenzen von oft weniger als einem

viertel Millimeter nicht vorkommen dürfen. Unsere Tischarbeiter mußten sich teilweise zu Beschneidern und Maschineneinrichtern umstellen, auch ließ die erhöhte Anfertigung der verschiedensten Lagertafeln für die Karteien manchen Kollegen unterkommen. Die Verdrängung der Männerarbeit und deren Ersetzung durch die billigere der Frauen und Mädchen jedoch ist durch die veränderten Fabrikationsverhältnisse natürlich begünstigt worden.

Unsere Kontobuchindustrie ist hinsichtlich ihrer Erzeugnisse größtenteils Qualitätsindustrie von internationalem Ruf. Ihre Produkte können nicht ohne weiteres schablonisiert werden, es muß vielmehr den verschiedensten Sonderwünschen der Abnehmer Rechnung getragen werden. Dieser Umstand erfordert eine fach- und sachkundige Betriebsleitung und vor allem eine gewissenhaft arbeitende und geschulte Belegschaft. Durch Lohndruck und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen werden diese Eigenschaften nicht gefördert werden. Das wird der neue Unternehmerverband bald merken.

E. G., Frankfurt.

Wir brauchen einen besseren Lohn!

Zu den statistischen Ermittlungen über die Haushaltsführung, die verschiedene Gewerkschaften schon mehrfach vorgenommen haben, sind jetzt auch amtliche hinzugekommen, über die in unserer „Buchbinder-Zeitung“ (Nummer 46 von 1929) berichtet wurde. Es ist uns mit unserem beschränkten Einkommen zwar auch ohne statistische Beweise immer recht klar, wo in der Hauswirtschaft Not und Mangel herrscht, doch es schadet durchaus nichts, wenn das auch durch amtliche Erhebungen festgestellt wird.

Das Einkommen der Arbeiterfamilien erscheint manchem auf den ersten Blick günstiger als es ist. Von dem Lohn erwachsener Kinder kommt der Familie kaum mehr zugute, als die baren Auslagen für diese Kinder wieder verschlingen. Daß die Einkommen sehr knapp sind, zeigen am deutlichsten die statistischen Zahlen über die Verwendung des Familieneinkommens. In der Gruppe mit dem niedrigsten Einkommen bis zu 250 Mark jährlich erforderlichen Nahrungs- und Genussmittel rund 48 Proz. des Gesamteinkommens, Wohnung 11,9 Proz., Heizung und Beleuchtung 4,3 Proz., Wohnungseinrichtung und Unterhaltung 3,1 Proz., Kleidung und Wäsche 10,4 Proz., Versicherungen 8,8 Proz., Verbandsbeiträge usw. 2,2 Proz., Steuern 1,7 Proz., Bildung 1,8 Proz., Erholung und Körperpflege je 0,6 Proz. Für besondere Ausgaben blieb also so gut wie gar nichts übrig.

Diese statistischen Tatsachen sind wenig erfreulich. Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Licht und Steuern erfordern rund drei Viertel des Einkommens. Wenn sich dieses durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit verringert, oder wenn die Familie von anderen Schicksalsschlägen betroffen wird, dann werden alle Berechnungen über den Haufen geworfen und es stellt sich bitterste Not ein. Es wird zunächst versucht, an Kleidung und Wäsche zu sparen, denn die Miete muß unbedingt aufgebracht werden und das Essen kann in den meisten Fällen kaum billiger zubereitet werden, als es schon geschieht. Das Wenige, was für Bildung, Erholung, Körperpflege, Geselligkeit, für eigentliches kulturberechtigtes Leben noch durch haushälterische Kunststücken aller Art erübrigt wurde, muß dann für das Allerdringendste verwendet werden. Und wo verläuft heutzutage noch das Leben der Minderbemittelten und Kleinverdiener auf halbwegs gleichmäßiger ebener Bahn?

Nach der amtlichen Haushaltsstatistik gibt die Arbeiterfamilie durchschnittlich nur 127 Mk. im Jahre für Einrichtung und Instandhaltung der

Wohnung und nur 122 Mk. für Kleidung und Wäsche aus. Rechnet man 5 Personen als Durchschnitt für den Haushalt, dann kommen 84 Mk. für Kleidung und Wäsche auf jede Person. Die Ausgaben für Berkehr betragen im Jahre für die fünfköpfige Familie durchschnittlich 41 Mk., für Körperpflege 25 Mk.

Unser Warenverbrauch ist in jeder Hinsicht so gering, daß es kein Wunder ist, wenn die Wirtschaftstätigkeit an allen Ecken und Enden stottert. Zur gleichen Zeit jedoch wird die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft durch Verbesserung der Technik und Organisation immer größer. Es ist dies an sich eine erfreuliche Erscheinung, vorausgesetzt, daß nicht nur die Warenerzeugung erhöht, sondern auch erleichtert, d. h. für den Arbeiter erleichtert wird und daß — was noch wichtiger ist — die Warenpreise verbilligt werden, damit die vermehrte Erzeugungskraft in vermehrter Verbrauchskraft der Massen das unentbehrliche Gegengewicht findet. Der Zweck aller Erzeugung ist ja der Verbrauch, und dieser muß darum in der Hauptsache den Umfang der Erzeugung bestimmen. Es hat für die Volkswirtschaft keine Bedeutung, daß eine kleine Zahl von Großverdienern im Ueberfluß leben kann, ganz abgesehen davon, daß die traffen Gegenläufe von arm und reich, Luxus und Armut, Prasserei und Entbehrung unsittlich sind, doppelt unsittlich nach solchen gewaltigen ideellen und materiellen Verlusten, wie viele deutsche Staatsbürger sie in den letzten 10 bis 15 Jahren bringen mußten.

Kann man denn wirklich nicht die Lebenshaltung der Massen bessern in einer Zeit, in der es möglich ist, die Wirtschaftseleistungen durch wirtschaftswissenschaftliche Neuforschungen ganz gewaltig zu steigern? In einer Zeit, in der die Erzeugung der Rohstoffe fortgesetzt größer wird und die Verkehrs- und Handelsbeziehungen besser? Und warum wird die Wirtschaft nicht voll in den Dienst des Volkes, eben in den Dienst der Verbrauchsteigerung der Massen, gestellt? Das Interesse und Wohl der Gesamtheit gilt bis jetzt noch immer weniger als das der Kapitalbesitzerklasse. Ueber die wahren Ursachen unserer Wirtschaftsschwierigkeiten wird fortgesetzt mit vielen tönenden Worten hinweggedrungen und doch weiß jeder, der nur sehen will, wo sie liegen. Schafft uns die Möglichkeit für einen größeren Warenverbrauch durch besseren Lohn, und der Wirtschaft wird ebenso geholfen sein, wie den vielen heute Arbeitslosen. A. Schapp-Emden.



Fufel.

Erzählung von Anna Rossgaard.

(2. Fortsetzung.)

Auf dem Bettrand sitzend erwartete sie den Morgen. „Ist Vater schon fort?“ fragte der Bub, als er neben sich das leere Bett gewahrte und rieb sich schlaftrunken die Augen.

„Ja, mach nur geschwind. Geh, hüt' deine Ziegen gut. Wirf's bald nicht mehr nötig haben, wir ziehen nach der Stadt“ sagte Minna Rückmann mit scheinbarem Gleichmut und räumte das Zimmer auf.



„Wa-aas?“ Der Franz vergaß fast den Mund zuzumachen.

„Nach der Stadt ziehen wir.“

„Na ja.“ Da dachte der Bub an die Straßenbahn, den Jahrmart, und was sich so alles die Dorfjungen von der Stadt erzählen, tat einen Jauchzer und sprang mit beiden Beinen zugleich aus dem Bett. Mechanisch verrichtete die Minna ihre Arbeit. Als sei nichts geschehen, füllte sie am Mittag die Suppe in den Hentkessel und schritt den wohlbekannten Weg nach der Ziegelei. Am Kornfeld mußte sie wieder vorbeistehen, wo die niedergetretenen Lehren noch von ihres Mannes Lotterbett zeugten, zerrupfte Wohnblumen lagen auf dem Wege zerstreut. Wie große rote Blutstropfen nahmen sie sich aus.

Lange vor Mittag schon sah sie am Wegesrand und wartete auf den Mann.

Die Marinka trat als erste aus dem Schuppen. Eich schwer in den Hüften wiegend, ging sie zum Brunnen, mit der Rechten einen Straßenbesen lässig nach sich schleifend. Heute trug sie keine Männerstiefel. Nicht einmal Strümpfe. Bis zum Knie war der grobe Leinenrock aufgerafft. Die Füße waren lehmbeschmutzt. Nun setzte sie mit kraftvollem Ruck den Pumpenschwengel in Bewegung, hielt die nackten Beine unter das klare Wasser und bearbeitete sie mit dem Besen, daß sie kupferrot in der Sonne leuchteten. Karl Rückmann ging vorüber, schlug sie auf die prallen Schenkel, daß es laut klatschte. Marinka warf ihm einen frech vertraulichen Blick zu und deutete nach der Stelle, wo Minna Rückmann mit dem Ektopf seiner wartete.

Die Minna sah alles, auch das vertrauliche Augenspiel, sie aber tat, als ergäbe sie das alles gar nichts an. Mit keinem Wort erwähnte sie die Vorgänge der letzten Nacht. Und Rückmann hüte sich, daran zu rühren. Während hatte er sich im Gras niedergelassen, mit widerlicher Miene löffelte er im Hentkessel herum. Nur ein paar Löffel voll ob er davon, dann schob er den Topf seiner Frau zu: „Da is, ich mag nicht.“

„Hab' schon gegessen“ gab die Minna zur Antwort und schickte sich an, zu gehen. „Hab' wenig Zeit heute. Leg dich nur — schlaf —, wirf's nötig haben; die Marinka wird dich schon wecken“ wollte sie noch hinzufügen, verschluckte aber die Worte.

„So ja — hier“, sie drehte sich noch einmal kurz um, „ist der Kontrakt von meinem Häuschen.“

Das aufgedunsene Gesicht Rückmanns hellte sich auf. „Na —, das ist auch das einzig Vernünftige, was du bis jetzt vollbracht hast. Wann kann denn die Reise losgehen?“

Der Minna würgte etwas im Hals; mühsam stieß sie's hervor: „Am ersten Oktober ziehen wir.“ Und schon schritt sie hastig davon.

Lange sah Karl Rückmann im Gras, besah den Kaufkontrakt und wußte nicht recht, was anzufangen mit dem Dinge. Da kam die Marinka wiegenden Ganges daher, schnell ließ er ihn in der Arbeitsbluse verschwinden, um mit ihr die Mittagspause zu verhandeln.

Die Minna hatte indessen eine langsame Gangart eingeschlagen. Wozu sich beeilen, es war ja doch alles vergebens. Ganz gleich war's ihr, ob die Feldfrüchte reiften, ob das Vieh gut im Stand war oder nicht, ja selbst, ob der Bub auf seine Ziegen aufpakte oder sie über die Gartenhede springen ließ. Was ging sie das alles an?

Die Minna war in eine Art Apathie verfallen, die auf die Dauer selbst Rückmann zu denken gab. Aber Denken war nun einmal nicht seine Sache. Und wenn sie erst einmal in der Stadt waren, würde sich das schon alles geben.

Und doch, keine Miene hatte sie verzogen, als er ihr gesagt, daß er sich in der Stadt nach Arbeit und nach einer passenden Wohnung umgesehen hätte. In einer Brauerei hätte er Beschäftigung gefunden.

Als der erste Ottobermorgen in nie gesehener Herbstespracht emporgestiegen, fuhr Karl Rückmann



laut knallend aus seinem Gehöft. Dem Glück entgegen, wie er der Minna sagte, um sie zu trösten; weil sie sich gar nicht von ihrem Häuschen trennen konnte. Immer hatte sie noch etwas zu besorgen da drinnen.

In der Stube sah noch eine Dose in der Wand, die mußte heraus, der Mutter Bild sollte ja wieder daran aufgehängt werden. Und droben auf dem Heuboden lagen noch ein paar alte Bretter, und in der Küche stand noch ein wackliger Schemel — und endlich war sie fertig. Karl Rückmann half ihr auf den Wagen steigen. Da sah der Bub schon auf dem Sofa, mitten zwischen Bettstücken und Küchengeräten.

Mit lautem Hallo ging es durch das Dorf.

Vor den Türen standen die Nachbarn und riefen der „Hipp-Minna“ ein aufmunterndes Abschiedswort zu.

Nun, so ganz, wie Karl Rückmann sich's gedacht hatte, ging's nun doch nicht in der Stadt. Ein klein

wenig mehr Lohn bekam er ja, aber dafür mußte er auch höllisch arbeiten.

Der Franz hatte sich rosch eingelebt in die neuen Verhältnisse. Den lieben langen Tag trieb er sich auf der Straße umher, und wenn er sich nicht wieder heimfand, da fragte er nur nach der „Schimmelmannschen Brauerei“, die wußte jedes Kind; da setzte er sich auf den Eckstein, der vor dem großen Tore lag und wartete auf seinen Vater.

Schlechter erging es Minna Rückmann. Die Untätigkeit gefiel ihr gar nicht. Die an harte Arbeit gewöhnte Frau machte die plötzlich eingetretene Ruhe völlig trant. Seit etlichen Wochen plagte sie beständig über Müdigkeit und Kopfschmerz. War das auch ein Leben! Jeden einzigen Tag dieselbe Arbeit: die Stube säubern, die Betten machen, zu Mittag kochen und sich dann hinsetzen zum Stricken, bis es Bettzeit war. Da gab's kein Beobachten, kein Keimen, Werden und Waschen zu sehen.

An den Blaudeckstüchchen der Nachbarinnen auf dem Hofe und der Treppe fand sie schon gar keinen Gefallen.

Darum erschien es Minna Rückmann als großes Glück, daß die Hauswirtin, eine Frau Gerichtsfretärin, sie als Wasch- und Reinemachfrau annahm. Und weil die Minna verstand, zugreifen, empfahl die Frau Gerichtsfretärin, die sehr stolz auf ihren Titel war und bei jeder Gelegenheit ihn zu hören wünschte, sie bald bei allen Bekannten.

Nun hatte sie Arbeit im Ueberfluff.

Das aber paßte wiederum Karl Rückmann nicht,



wenn er des Abends müde wie ein Hund nach Hause kam und erst auf die Abendmahlzeit warten mußte; da blieb er lieber gleich solange fort, bis alles fertig war. Aus der einen Stunde aber wurden mehrere, und bald war er Stammgast im „Blauen Karpfen“, just wie ehemals im „Hirshen“, nur mit dem Unter-

schiebe, daß im „Blauen Karpfen“ bedeutend mehr Geld darauf ging.

Der Wirt vom „Blauen Karpfen“ hielt Damenbedienung. Anmieren durften sie natürlich nicht. I bewahre! Der Wirt war ein Ehrenmann, wenigstens glaubte er selbst daran. Daß die Weibskente bis in die Nacht ihre Potentlieder brüllten und die halbtrunkenen Männer mit herausfordernden Blicken zum Weitertrinken nötigten, bis der letzte Groschen aus der Tasche war, was ging ihn das an!

So kam es, daß Karl Rückmann bald jeden Abend schwer geladen sein Heim aufsuchte und einen Höllenlärm machte, wenn die Minna nicht sofort mit der Lampe auf der Treppe stand, so daß der Hauswirt ihm die Wohnung kündigte, so leid ihm auch die brave Frau tat. (Fortf. folgt.)

Die billige Nachtigall.

Bekanntlich sind die Wiener Schusterjungen im höchsten Grade mutwillig. Als nun ein solcher Burche die Aeußerung eines Fremden, der dem heftigen Schläge einer Nachtigall zuhörte, in folgenden Worten vernahm:

„Für den Besitz eines solchen Tierchens würde ich 25 Gulden geben!“ antwortete der lose Strid: „Warum nit gar soviel Geld! Schaun's Herr, in unserer Wertstatt ist so a Vieh, das schlägt, so oft man's anschaut, i gib's um zwei Gulden her.“

„Wo ist es, führ' mich hini!“ sagte der Fremde. „Ja, jetzt schlaf'ts“, entgegnete der Schusterjunge, „aber kommen's morgen früh zu uns und fragen's uns um die Meisterin.“



In diesem Steinstadtkerker ...

In diesem Steinstadtkerker voll grauen feuchten Mauern — wie weit und traumersehnt der Wälder Grün! — wo Kinder kräftematt im Lichtlos blühen, geht durch die Nacht ein böses Fieberfroster-schauern,

das aus den Gassen steigt voll bitter sauern Gerüchen: wo Kindbettfieber und wo Alkohol, wo Prügeln und Husten, bellend höhl, den Wandel aller Jahreszeiten überdauern.

Die Nacht mit aufgedunseltem Mond deckt zu das Heer der kranken Schläfer in den Zimmern; doch mauernebenan ein stundenlanges Wimmern ver-scheucht des Tagesmüden bittere Ruh.

Und aus dem Wimmern dieses toderkranken Unbekannten heult einer ganzen Stadt entsehrlich Leiden: Wo bleibt Gerechtigkeit, wenn freudlos scheiden aus diesem Sein die lebenslang Verbannten, die nie die Sonne sahen, nie der Wälder Grün und die verdorrten — ohne voll zu blühen?
Kurt Offenburg.

Der Wille der Versicherten.

„Für Änderungen in der äußeren Organisation der Krankenversicherung muß der Wille der beteiligten Versicherten maßgebend sein.“ So beginnen die Leitsätze, die auf dem 33. Deutschen Krankentag zur Reform der Reichsversicherungsordnung angenommen wurden. Darob große Bestürzung im Unternehmerlager. Hat man schon die Annahme der Leitsätze nicht verhindern können, dann versucht die den Unternehmern willfährige Presse, sie nachträglich herunterzureißen. Diese krampfhaften Bemühungen, den Wert einer Entschließung zu mindern, hinter der der größte Teil aller Krankenversicherten steht, haben natürlich einen sehr realen Hintergrund. Das Unternehmertum fürchtet um seine Machtpositionen in der Krankenversicherung. Die Unternehmer sehen diese Machtpositionen vorzugsweise in den Betriebs- und Innungs-krankenkassen. Zwar haben grundsätzlich auch in diesen Kassenarten die Versicherten in den Organen zwei Drittel der Stimmen und damit theoretisch den überwiegenden Einfluß auf die Kassengeschäfte. Praktisch sieht es aber anders aus als in der Theorie.

Zunächst führt in den Betriebskrankenkassen grundsätzlich der Unternehmer oder sein Vertreter den Vorsitz. Gegenüber den übrigen Vorstandsmitgliedern ist jedoch die Stellung des Kassenvorsitzenden mit soviel Vollmachten ausgestattet, daß schon hier eine Machtposition von Bedeutung gegeben ist. Dazu kommt noch, daß in den Betriebskrankenkassen die Verwaltung von Angestellten des Unter-

mers geführt wird. Die Versicherten im Kassenvorstand haben aber auf die Angestellten gar keinen Einfluß, die tatsächliche Führung der Kassengeschäfte erfolgt lediglich nach den Anweisungen des Unternehmers. Der Angestellte, der dagegen aufmucken, die Interessen der Versicherten denen des Unternehmers voranstellen wollte, wäre erledigt. Meist sind außerdem Betriebskrankenkasse und Lohnbuchhaltung engstens miteinander verbunden. Damit wird erreicht, daß der Versicherte unter allen Umständen unter der Kontrolle des Unternehmers bleibt und daß der Unternehmer Einblick auch in die ureigensten Angelegenheiten seiner Arbeiter erhält. Wie sehr diese Kenntnisse verwertet werden, weiß jeder, der einmal in Betrieben mit Betriebskrankenkassen gearbeitet hat.

Ähnlich sieht es in den Innungs-krankenkassen aus. Der Vorsitzende wird auch hier nicht gewählt, sondern von der Innung bestellt. Nun ist es keiner Innung verboten, zum Vorsitzenden auch einen Arbeiter zu bestellen. Der Fall ist jedoch noch nicht vorgekommen. Die Kassenangestellten allerdings werden hier vom Kassenvorstand bestellt. Aber die Innung hat es sehr leicht, die Dinge nach ihrem Willen zu lenken. Sie kann nämlich erklären, daß die Arbeitgeber die Kassenbeiträge zur Hälfte übernehmen. Damit erhalten sie gleichzeitig die Hälfte der Stimmen im Vorstand und mit der Stimme des Vorsitzenden sogar die Mehrheit. Es ist bezeichnend, daß dieselben Handwerksmeister, die über die „Höhe der sozialen Lasten“ sonst nicht genug klagen können, in einer ganzen Reihe von Fällen diese erhöhte Last gern übernommen haben. Wenn sie nur hinreichend Einfluß erlangen, dann sind auf einmal die Lasten nicht zu hoch. Die bisher ziemlich unumschränkten Herren in den Betriebs- und Innungs-krankenkassen kennen genau ihr Sündenregister, sie wissen, daß sie keine besonders gute Sache verteidigen. Daher die fast hysterische Aufregung über die Vertreter der Ortskrankenkassen und die Gewerkschafter, die die Dinge beim rechten Namen nennen. Für die Versicherten aber ist die Situation klar. Die Krankenversicherung ist ihr angemessenes Erbe. Den Krankenkassen ist das Gesundheitsgut der Arbeiterschaft anvertraut, sie allein hat darüber zu bestimmen, in welcher Organisation dies große Gut verwaltet werden soll. P. St.

Arbeitsfähigkeit und Arbeitslosenunterstützung.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung ist das Vorliegen von Arbeitsfähigkeit. Das soeben veröffentlichte Gesetz über Änderungen in der Arbeitslosenversicherung bringt auch in dieser Beziehung verschiedene Änderungen.

Der § 87 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zählt neben anderen Voraussetzungen auch die Arbeitsfähigkeit des Arbeitslosen als unbedingte Notwendigkeit für den Anspruch auf Unterstützung auf. Der Begriff der Arbeitsfähigkeit ist im § 88 des Gesetzes näher erläutert. Es heißt da:

„Arbeitsfähig im Sinne des § 87 ist, wer imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, wenigstens ein Drittel dessen zu erwerben, was geistig und körperlich gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“

Es wird hier also der Begriff der Arbeitsfähigkeit festgelegt. Die Auslegung lehnt sich an den Begriff der Invalidität nach der Invalidenversicherung an. Die Arbeitsämter haben das Recht, bei jeder Antragstellung auf Unterstützung zu prüfen, ob der Arbeitslose auch wirklich arbeitsfähig ist. Die Arbeitsämter können hierzu etwaige Feststellungen der Träger der Arbeiterversicherung (Krankenkassen, Invalidenversicherung usw.) benutzen, sie können aber auch selbst Nachforschungen anstellen. So können sie beispielsweise den Antragsteller ärztlich untersuchen lassen. Die Feststellungen dieser Vertrauensärzte sind für das Arbeitsamt bindend. Es ist dies auch dann der Fall, wenn der Vertrauensarzt der Krankenkasse etwa ein anders lautendes Gutachten ausgestellt hat.

Der Bezug von Invalidenrente ist keinesfalls dafür maßgebend, ob im Sinne der Arbeitslosenversicherung Arbeitsfähigkeit vorliegt. Werden Empfänger von Arbeitslosenunterstützung während des Unterstüßungsbezuges durch Krankheit arbeitsunfähig, dann steht für die ersten drei Tage der Krankheit ihre Arbeitsunfähigkeit dem Fortbezug der Unterstützung nicht entgegen. Sie können also während der ersten drei Krankheitstage die Unterstützung weiter beziehen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß sie für diese drei Tage nicht schon Krankengeld von ihrer Krankenkasse erhalten. Vom vierten Krankheitstage ab hört dann die Unterstützung auf und die Krankenversicherung muß ihrerseits mit der Leistungsgewährung beginnen. Bis hierher gehen die alten Vorschriften. Neu sind nun die folgenden. In seinem dritten Absatz bestimmt der erwähnte § 88:

„Hat ein Arbeitnehmer in den letzten zwölf Monaten vor der Arbeitslosmeldung während 26 Wochen oder, wenn das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen war, während sechs Monaten in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden, so darf er unbeschadet des § 89 nur dann als arbeitsunfähig angesehen werden, wenn sich sein körperlicher oder geistiger Zustand nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung so verändert hat, daß die Voraussetzungen des Absatz 1 nicht mehr vorliegen. Die Annahme der Arbeitsunfähigkeit ist auch in diesem Falle ausgeschlossen, wenn in den letzten sechs Monaten vor der Arbeitslosmeldung

1. ein Anspruch des Arbeitslosen auf Leistungen der Krankenversicherung, der Invalidenversicherung, der Angestelltenversicherung oder der knappschaftlichen Pensionsversicherung rechtskräftig deswegen abgelehnt oder entzogen worden ist, weil der Arbeitslose nicht als arbeitsfähig im Sinne der Krankenversicherung, invalide oder berufsunfähig anerkannt worden ist, oder

2. in einem Verfahren nach der Reichsversicherungsordnung rechtskräftig festgestellt worden ist, daß der Arbeitslose in-

folge von Unfall nicht mehr als zwei Drittel seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat,

vorausgesetzt, daß die Entscheidung nicht inzwischen durch eine spätere rechtskräftige Entscheidung überholt ist."

Diese Bestimmung ist für den einfachen Versicherten nicht so ohne weiteres verständlich. Sie gibt die Möglichkeit, daß ein Versicherter auch dann Unterstützung erhalten kann, wenn er nach dem Gesetz nicht als arbeitsfähig anzusehen ist. Es kann nach dieser Vorschrift nach einer gewissen Dauer von pflichtversicherter Beschäftigung die Arbeitslosenunterstützung nur dann abgelehnt werden, wenn sich nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeitslosen so verschlechtern haben, daß man vom Vorliegen einer Arbeitsfähigkeit nicht mehr sprechen kann. Ist der Arbeitslose von einem Träger der Arbeiterversicherung durch rechtskräftigen Bescheid nicht als arbeitsunfähig oder invalide erkannt worden und hat er somit keinen Anspruch an diese, dann kann ihn die Arbeitslosenversicherung nicht als arbeitsunfähig ansehen. Das heißt, die Arbeitslosenversicherung muß ihm gegebenenfalls Unterstützung zusprechen. Das Arbeitsamt muß sich auf Grund dieser Vorschrift auf die Feststellungen der Träger der Arbeiterversicherung stützen und sich nach ihnen richten. Diese neue Bestimmung ist für die Arbeitslosen von der allergrößten Wichtigkeit. Bislang lagen die Verhältnisse so, daß ein von einem Vertrauensarzt einer Krankenkasse für arbeitsfähig gehaltener Versicherter keine Arbeitslosenunterstützung erhalten konnte, wenn ihn nicht gleichzeitig auch der Vertrauensarzt des Arbeitsamtes für arbeitsfähig hielt. In diesen Fällen schwebte der Versicherte vollkommen in der Luft, er erhielt von keiner Seite eine Unterstützung. Mit diesem Unrecht, daß sich zwei Unterstützungseinrichtungen widersprechen und beide die Zahlung ablehnen konnten, ist nun durch die neue Vorschrift ausgeräumt worden. Rt.-s.

Die Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung.

Die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ist von verschiedenen Voraussetzungen abhängig, die der Antragsteller erfüllen muß. Diese Voraussetzungen sind im § 87 des Gesetzes einzeln aufgeführt. Nach diesen Bestimmungen hat nur der Anspruch auf Unterstützung, der arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist. Außerdem muß der Arbeitslose die Anwartschaftszeit erfüllt und den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erschöpft haben. Während fast alle diese Voraussetzungen leicht erfüllt werden können, ist der Nachweis der sogenannten Anwartschaftszeit von mancherlei gesetzlichen Vorschriften abhängig. Ueber diese Vorschriften herrscht in weiten Kreisen der Versicherten noch Unklarheit, da die in Frage kommenden Bestimmungen, wie so manche andere, geändert und gleichzeitig verschärft worden sind.

Die Anwartschaftszeiten sind im § 95 behandelt. Einmal sind dies Bestimmungen für Arbeitslose, die erstmalig Unterstützung in Anspruch nehmen wollen, und dann solche für Versicherte, die schon mehrmals Unterstützung erhalten haben. Wird die Arbeitslosenunterstützung erstmalig beantragt, dann ist die Anwartschaft erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten zwei Jahren vor der Arbeitslosmeldung mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Diese zwei Jahre der versicherungs-

pflichtigen Beschäftigung müssen dem Tage unmittelbar vorausgehen, an dem sich der Arbeitslose bei dem zuständigen Arbeitsamt erstmalig meldet. Bei späteren Unterstützungsfällen ist die Anwartschaftszeit dann erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung wenigstens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Gegenüber der erstmaligen Inanspruchnahme der Unterstützung ist also bei späteren Fällen die Anwartschaftszeit auf die Hälfte herabgesetzt. In diese Anwartschaftszeiten werden jedoch eine ganze Reihe Zeiten nicht mit angerechnet. Es sind dies Zeiten, in denen der Arbeitslose

1. sich seinen Unterhalt durch eine versicherungsfreie Arbeitnehmerstätigkeit oder durch selbständige Tätigkeit erworben hat;
2. eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat, die nicht zur Erfüllung einer neuen Anwartschaftszeit ausreicht, oder
3. sich in einem geregelten Ausbildungsgange zur Berufsumschulung oder Fortbildung befunden hat;
4. keine Arbeitslosenunterstützung erhalten durfte, weil er noch Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis bezog, oder
5. durch Krankheit, Schwangerschaft oder Wochenbett zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, eine versicherungspflichtige Beschäftigung fortzusetzen, oder
6. auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wurde;
7. oder Arbeitslosenunterstützung erhielt, ohne seinen Anspruch auf die Unterstützung zu erschöpfen.

Fällt in die nachzuweisende Anwartschaftszeit eine dieser eben angeführten Zeiten, dann verlängert sich die 26- bzw. 52-Wochenfrist um diese Zeiten. Voraussetzung in allen Fällen ist jedoch, daß der Arbeitslose in den letzten drei Jahren vor dem Tage der Arbeitslosmeldung mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat, wenn er die Unterstützung erstmalig beantragt. Handelt es sich um einen späteren Unterstützungsfall, dann muß der Arbeitslose in den letzten drei Jahren mindestens 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen. X.

Anrechnung der Kriegsrenten auf die Arbeitslosenunterstützung.

Als im Vorjahr der Gedanke auftauchte, das Arbeitslosenversicherungsgesetz so zu ändern, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung gesenkt werden konnten, war es die Deutsche Volkspartei, die den Antrag im Reichstag einreichte, sämtliche Kriegsrenten bis auf einen Betrag von 15 RM monatlich auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen wandte sich sofort gegen diese Maßnahme. Das Vorgehen des Reichsbundes hatte Erfolg. Der neue § 112a des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schließt die Kriegsrenten von der Anrechnung aus. Die Unklarheit, welche Renten als auf Kriegsrenten beruhend anzusehen seien, ist vom Reichsarbeitsministerium durch einen Erlaß vom 8. November 1929 beseitigt. Auf einer Kriegsdienstbeschädigung im Sinne des Abt. 2 Nr. 1 des § 112a AWWG. beruhen nach diesem Erlaß Renten und Beihilfen, die unmittelbar auf Grund des Reichsverordnungsgebietes einschließlich der Ver-

forzung im Härteausgleich (für Gelfestranke und nach § 113 des Reichsverordnungsgebietes), sowie auf Grund des Altrentengesetzes, wenn die Dienstbeschädigung während der Teilnahme an einem Kriege oder einer kriegerischen Unternehmung erworben ist, sowie auf Grund des § 2 des Kriegspersonalbeschädigungsgesetzes gewährt werden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten teilt dazu mit, daß derjenige Rentenempfänger, der Arbeitslosenunterstützung beantragt, seinem zuständigen Arbeitsamt anzeigen muß, daß er Rentenbezieher nach den obengenannten Vorschriften ist. Der Versorgungsberechtigte und auch das Arbeitsamt können von dem zuständigen Versorgungsamt eine entsprechende Bescheinigung, daß der Antragsteller Rentenempfänger ist, verlangen. Die Anrechnung der Renten bei der Arbeitslosenunterstützung unterbleibt nur, wenn dem Arbeitsamt die Bescheinigung des Versorgungsamtes vorliegt.

Sozialversicherung und Privatversicherung.

Sie und wieder werden aus dem Lager der Privatversicherung Stimmen gegen die Sozialversicherung laut, die als eine unerwünschte Konkurrentin betrachtet wird. Das ist verkehrt, denn der gewaltige Aufschwung der Lebensversicherung in Deutschland, insbesondere der Volksversicherung, die für den größten Kreis der Sozialversicherten in Betracht kommt, beweist, daß Sozialversicherung und Privatversicherung sehr wohl nebeneinander bestehen und sich gegenseitig ergänzen können. Die vielen Hunderttausende, ja Millionen von Versicherten der privaten Versicherungsunternehmen, die als Arbeitnehmer der Sozialversicherung unterworfen sind, betrachten die private Versicherung, also den freiwilligen Versicherungsschutz, keineswegs als überflüssig. Sie erkennen die unbedingte Notwendigkeit, neben der obligatorischen Sozialversicherung noch eine gute Lebensversicherung zu besitzen, um im Alter oder bei nachlassender oder eingebüßter Erwerbsfähigkeit einen größeren Betrag in der Hand zu haben oder den Hinterbliebenen für den Todesfall eine angemessene Summe sicherzustellen.

Die Sozialversicherung hat durch Verbreitung und Vertiefung des Versicherungsgedankens der von den Versicherungsunternehmen betriebenen Volksversicherung die Wege geebnet, denn Ausdehnung der Sozialversicherung und gewaltiges Steigen der Volksversicherung fallen in der Vorkriegszeit zeitlich zusammen. Je mehr Bevölkerungsteile die Sozialversicherung erfaßte, um so stärker breitete sich auch die Volksversicherung aus. Zählten wir doch schon vor dem Kriege mehr als 12 Millionen Versicherungsapolice. Es wird nicht mehr lange dauern, und die Volksversicherung hat diesen Stand wieder erreicht.

Den größten Anteil am Volksversicherungsgeschäft unter den Gesellschaften in Deutschland hat die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der freien Gewerkschaften und der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften. Sie hat zurzeit einen Bestand von 1 850 000 Versicherungen mit 750 Millionen Mark Versicherungssumme. Die freien Gewerkschaften, die um eine bessere Ausgestaltung der Sozialversicherung kämpfen, fördern mit dem ganzen Einsatz ihrer Macht und ihres Ansehens auch die von der Volksfürsorge betriebene private Versicherung. Das ist kein Widerspruch, sondern geschieht im wohlverstandenen Interesse der werktätigen Bevölkerung. Die Gewerkschaften werden darin von den Genossenschaften und den übrigen Zweigen der Arbeiterbewegung unterstützt.

Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin.

I.

Die Geschichte der größten Bibliothek Deutschlands ist gleichfalls ein stolzes Bekenntnis der durch Jahrhunderte getesteten Selbstarbeit, die sich in dem stattlichen Bücherpalast an der alten Via triumphalis der Reichshauptstadt äußerlich das glänzendste Monument gesetzt hat. Nach Umfang und Inhalt steht heute die frühere königliche Bibliothek in Berlin ebenbürtig neben den großen europäischen Staatsbibliotheken da, sie erscheint als die mächtigste Verkörperung des deutschen Schrifttums, das für die Kultur der Menschheit eine so überreiche Ernte gegeben hat und für alle Zeiten weiter spenden wird. Nichts kennzeichnet die Entwicklung der Staatsbibliothek deutlicher als jene Tatsache, die in dem Volkswort der „Bücherkommode“ zum Ausdruck gebracht wird, wie man scherzhaft das alte ehrwürdige Heim am Opernplatz nannte, denn aus dieser „Bücherkommode“ hat unsere Zeit einen glänzenden „Bücherpalast“ entstehen lassen, in dem die deutsche Wissenschaft im Ruhme ihrer großen geschichtlichen Vergangenheit und als Mehrer desselben in der Zukunft thronet.

Es war die Zeit des Schwedenkrieges, als Kurfürst Friedrich Wilhelm am 20. April 1659 aus seinem Hauptquartier in Wiborg in Südnordsee seinen Geheimen Räten in Berlin den Befehl erteilte, den Bibliothekar Johann Raue zum Verwalter der kurfürstlichen Bibliothek zu berufen, ein Vorgang, den man als die eigentliche Gründung der heutigen Staatsbibliothek betrachtet. Von der alten kurfürstlichen Privatbibliothek, aus der die spätere königliche Bibliothek gewissermaßen herauswuchs, wissen wir nur wenig. Ihre Stätte hatte diese alte Privatbibliothek in den Schloßkammern unter dem Dache; einer der letzten Bibliothekare war Joachim Hübnert, der 1650 seine Bestellung als kurfürstlicher Rat erhielt und auch das Amt des Historiographen versah. Diese Stellung hatte Joachim Hübnert noch 1656 inne, so daß Raue vermutlich sein unmittelbarer Nachfolger war. Der Umfang der alten Privatbibliothek des Kurfürsten läßt sich zum Teil aus den erhaltenen Katalogen Raues feststellen, worüber auch die Kataloge des Nachfolgers Friedrich zum Teil Aufschluß geben. Unter diesem früheren Besitz sind zu nennen die 1595 von dem Ersten Lubers an den Markgrafen Joachim Friedrich von Brandenburg für 1200 Taler verkauften Bibeln und eigenhändigen Handschriften Lubers, ferner ein Exemplar der 1495 in Brescia gedruckten hebräischen Bibel. Auch zwei der besten deutschen Handschriften, der Trojanische Krieg und Flos und Blancos und das prachtvolle Pergamentexemplar der 42zeiligen Gutenberg-Bibel gehört zu diesem früheren kurfürstlichen Bücherbesitz.

Aus Wappen und Inschriften vieler Bücher läßt sich das Eigentum zahlreicher anderer Mitglieder des Hohenzollernhauses jener Zeit nachweisen. Immerhin war der Bücherbesitz der Vorfahren des Großen Kurfürsten verhältnismäßig bescheiden, denn Hohenlohe macht 1687 in einer Schrift an den Kurfürsten die Bemerkung, daß der überhäufte Bücherbesitz der Vorfahren kaum für einen Privatmann ausreiche. Der Große Kurfürst wußte seine Bibliothek hauptsächlich dadurch zu bereichern, daß er alte Klosterbibliotheken aus Brandenburg und Westfalen an sich brachte. Auch durch Ankäufe wurde die Bibliothek vermehrt, so 1651 durch Kauf der kurfürstlichen Bücherei für 2000 Taler. Mancher Bücherbesitz wurde auch aus den neu erworbenen Ländern des Erzstiftes Magdeburg der Bibliothek zugeführt.

Die Eröffnung der nunmehr in den öffentlichen Dienst gestellten kurfürstlichen Bibliothek fand im Jahre 1661 statt. Sie wurde zunächst von Johann Raue allein verwaltet, dem jedoch 1662 bereits der Rektor des Joachimsthalschen Gymnasiums Johann Vorbitus als zweiter und noch ein Jahr später Christian von Helmreich als dritter Bibliothekar zur Seite stand. Ueber die Vorschriften der Benutzung und über die Öffnungszeiten der Bibliothek zur damaligen Zeit sind wir wenig oder gar nicht unterrichtet. Sie war im Jahre 1687 in den Nachmittagsstunden geöffnet, und das Verleihen der Bücher erfolgte nur an bekannte, angesehene Männer innerhalb der Stadt.

Hinsichtlich des Geldbedarfs hatte der Kurfürst die Bibliothek von Anfang an sichergestellt. So wurden

die Befolgungen der Bibliothekare, die Kosten für Bücherankauf und für das Einbinden aus den Gebühren für Bestellung vom mehrfachen Hochzeitsausgebot, für die Erlaubnis zur Eheschließung bei naher Blutsfreundschaft, aus den in Pommern bestehenden Gebühren für Ueberschreitung der vorgeschriebenen Patenzahl und aus den über 100 Taler betragenden Lehnstrafen bestritten. Aus allen diesen Fällen ergaben sich in den Jahren 1664 bis 1692 durchschnittlich im Jahr 1000 Taler Einnahmen. Diese Summe war für die damals noch geringe Bücherbestellung völlig ausreichend, so daß noch Ueberschüsse erzielt wurden. Der Große Kurfürst bemühte sich vielfach persönlich um die Entwicklung der Bibliothek, er unterzeichnete jede für diese bestimmte Rechnung eigenhändig. So wurden damals aus Bibliotheksmitteln die Orientalia des Königsberger Professors Petraeus für 876 Taler erworben. Ferner erfolgte der Ankauf der Bücher des Selbarges Bontekove für 1000 Taler. Eine wertvolle Erwerbung machte der Kurfürst auch in dem Ankauf der prächtigen Bibliothek des Herzogs Ernst Bogislaw von Croy. Allerdings wurden diese zum Teil sehr kostbaren Bücher erst nach dem Tode des Kurfürsten Friedrich Wilhelm nach Berlin überführt.

Ständig war der Kurfürst auf Bereicherung seiner Bibliothek bedacht. So ließ er Einverleibungen von Bücherbeständen aus Königsberg, aus der Berliner Domkirche und dem eroberten Straßund vornehmen. Auch die ganze Bücherei des ehemaligen Stifts zum Heiligen Grabe in Wittstock brachte er in seinen Besitz. Weiter wurde die Bücherei der verstorbenen Kurfürstin Luise Henriette einverleibt. Der kurze Besitz von Stettin im Jahre 1678 gab Anlaß, auch aus dieser Stadt eine Bücherei zu übernehmen. Damit kamen auch einige wertvolle Bände aus der Würzburger fürstbischöflichen Bibliothek Jul. Eshers von Weispebrun nach Berlin, die einst als schwedische Kriegsbeute aus dem Dreißigjährigen Krieg nach Stettin entführt worden waren.

(Fortsetzung folgt.)

Berichte.

Mitnberg. Die Hauptversammlung unserer Jahrsstelle fand am 10. Januar statt. Den Jahresbericht erstattete in ausführlicher Weise der 1. Vorsitzende Kollege Hecht. Das Jahr 1929 wirkte sich mehr als die Vorjahre auf die hiesigen beruflichen Verhältnisse ungünstig aus. Während der Sommermonate bis hinein in den Herbst war die Konjunktur in der Buchbinderbranche überaus schlecht. Kurzarbeit und Aussetzen brachte einer großen Anzahl Kollegen und Kolleginnen erheblichen Verdienstausfall. Die Vollarbeit setzte im vergangenen Jahre viel später ein als in den Vorjahren, und noch jetzt haben wir mit einer großen Anzahl arbeitsloser Kollegen und Kolleginnen zu rechnen. Das ist ebenfalls eine Erscheinung, die wir in den Vorjahren um diese Zeit nicht kannten. In der Eis- und Kartonagenbranche liegen die Verhältnisse nicht besser. Der Organisationsstand kann als gut bezeichnet werden. In der Buchbinderbranche sind die Berufsangehörigen fast reiflos organisiert. Auch die Beurlinge gehören bis auf einen dem Verband an. In der Eis- und Kartonagenbranche liegen die Verhältnisse weniger günstig. Der stete Wechsel der Arbeitskräfte und die allzu große Jugend derselben in beiden Branchen erschwert die Agitation in diesen Kreisen außerordentlich, doch soll versucht werden, auch hier die uns noch fehlenden Kollegen und Kolleginnen dem Verbands zuzuführen. An Mitglieder haben wir 71 Kollegen, 97 Kolleginnen und 15 Beurlinge, zusammen 183 Mitglieder. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Jahrsstelle können als geregelt angesehen werden, obgleich sie in der Eis- und Kartonagenbranche — es kommen hier nur einige kleine Betriebe in Betracht — aus den schon angeführten Gründen nicht immer recht durchsichtig sind. Das Zusammenarbeiten im Vorstand der Jahrsstelle und das mit dem Graphischen Kartell, dem Bau- und Verbandsvorstand ist jederzeit als ein gutes zu bezeichnen.

Der sorgfältig ausgearbeitete Kasernenbericht des Kollegen Gräfe wurde mit Interesse entgegengenommen. Auch hier zeigte sich die überaus schlechte Konjunktur des vergangenen Jahres, wurden doch an Arbeitslosenunterstützung 3432,40 M. ausgezahlt, an Krankenunterstützung 878,35 M. und an Invalidenunterstützung 504 M. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl aller Mitglieder. Hierbei wurden dem seitherigen Vorstand herrliche Worte des Dankes und der Anerkennung ausgesprochen. Der Kartellbericht des Kollegen Hecht behandelte in der Hauptsache die Vorarbeiten für das im Juni stattfindende Fest der Arbeit, an dem außer den Gewerkschaften und der

SW. alle sportlichen Vereine, Arbeitergesangvereine usw. teilnehmen werden.

Dann wurden verschiedene wichtige Fragen erörtert, so die Einrichtung von Sachturen für die Lehrlinge, ein gemeinsamer Besuch des neu erbauten Krematoriums und zur Messebeschäftigung der Maschinenfabrik von Gebäuden Breymer in Leipzig. Der Vorsitzende schloß die gut verlaufene, aber leider nicht völligig besuchte Versammlung mit dem dringenden Appell an die Mitglieder, durch treues und festes Anschließen an den Verband, durch rege Mitarbeit, durch guten Verammlungsbesuch und jederzeit recht kollegiales Verhalten die Jahrsstelle in dem Ruf und auf der Höhe zu erhalten, wie das seit Jahren der Fall ist.

Bamberg. Am 11. Januar fand die Jahresversammlung der hiesigen Einzelmitglieder statt, zu der auch Kollege Weinländer-Nürnberg erschienen war. Nach Bekanntgabe der Abrechnung durch den Vertrauensmann, Kollege Mergner, erklärte dieser, sein Amt nicht mehr weiterführen zu können. An seiner Stelle wurde Kollege Grobel einstimmig gewählt. Weinländer referierte dann über: „Die Änderungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz. Er brachte die seit Oktober in Kraft getretenen Abänderungsbestimmungen in leicht verständlicher Weise den Anwesenden zur Kenntnis und betonte, daß unsere Gegner einen systematischen Kampf gegen die gesamte Sozialgesetzgebung inszeniert haben, wobei als erstes Objekt das Arbeitslosenversicherungsgesetz herhalten mußte. Trotzdem es diesmal noch gelungen ist, die aller schlimmsten Verschlechterungen abzuwehren, müssen wir uns darüber klar sein, daß der Kampf um die Sozialversicherung keineswegs beendet ist. Wir müssen uns auf ganz gewaltige Kämpfe einrichten, um die Arbeiterschutzgesetze nicht abbauen zu lassen. Diese sind nicht nur zu erhalten, sondern zeitgemäß zu verbessern. Mehr als je gilt für uns alle, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet uns in den Stand setzt, diese Kämpfe mit Ehren zu bestehen.“

Der Vortrag wurde mit großem Interesse angehört und beifällig aufgenommen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß Kollege Mergner die Versammlung mit dem Wunsch, auch fernerhin so gut zusammenzuarbeiten wie bisher. Nach der Versammlung blieben die Kollegen und Kolleginnen noch einige Stunden gemächlich beisammen.

Branschweig. Unsere Jahrsstelle veranstaltete am 11. Januar zum ersten Male eine Jubilärfest. Es galt, Kollegen für ihre Mitarbeit und Treue zu ehren, die sie dem Verbands während ihrer bis zu 30jährigen Mitgliedschaft gehalten hatten. Zu gleicher Zeit aber sollten sie auch den Jungen zum Vorbild dienen. Dem Rufe der Ortsverwaltung waren fast alle Kolleginnen und Kollegen gefolgt, so daß der Festsaal mit einer festlich-trohen Menge gefüllt war. Unsere elf alten Herren hatten mit ihren Angehörigen an der festlich geschmückten Ehrenstafel Platz genommen. Gaukler Kollege Kornacker, der der Einladung nur zu gern gefolgt war hielt die Festrede und überbrachte die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und Gaus. Dazu überreichte Kollege Rathe den Jubilaren die Ehrenurkunde des Verbandes, die selbst den „Diplom-Steptlern“ Anerkennung und Verhöhnung abforderte. Kollege Weiß dankte im Namen der Jubilare. In liebenswürdiger Weise hatten sich die „Freie Turnerschaft“ und der dramatische Verein „Hans Sachs“ zur Verfügung gestellt. Spontanen Applaus erhielten die Kolostänze und Körpergymnastik, ausgeführt von Turnerinnen der „Freien Turnerschaft“, dessen langjähriger Leiter, Kollege A. Weiß heute als zwölftester Jubilar gefeiert wird. Lang, Belang und reizvoll vorgetragener Humor ließen es nur zu schnell Morgen werden. Der Verlauf war für alle ein Fest im wahren Sinne des Wortes, für den Verband und die Ortsverwaltung ein Erfolg besten Willens.

Girschberg. Am 15. Januar fand die gutbesuchte Generalversammlung unserer Jahrsstelle statt. Kollege Großmann erstattete den Geschäftsbericht. In den allmonatlichen Versammlungen, die einen immerhin leblichen Besuch zu verzeichnen hatten, sind Vorträge über die verschiedensten Gebiete gehalten worden. In den meisten Versammlungen sprach unser Kollege Hölzel, wofür ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. Bei der Besprechung des Geschäftsberichtes streifte Hölzel die Hemmnungen, die wir in unserem Bezirk zu überwinden haben. Vieles könnte besser sein, wenn mehr organisatorisches Verständnis in den Landbezirken vorhanden wäre. Planvolle Agitation und Werbung für unseren Verband muß die erste Aufgabe des neuen Vorstandes sein. Große Arbeitslosigkeit und ausgeübte Kurzarbeit erschweren unsere Arbeit. Die Arbeitslosen haben jedoch auch die Pflicht, wenigstens in den Versammlungen zu erscheinen.

Im Kasernenbericht des Kollegen Hölzel, der einen Gesamtumsatz von rund 6000 M. im Jahre aufweist,

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

bei einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 70 Mitgliedern — d. h. der dritte Teil unserer Mitglieder — kam so recht der Niedergang unseres Berufes zum Ausdruck. Weit über 1000 Mark wurden an Unterstufungen gezahlt. Mancher stille Dant wurde in den vier Wänden des Auszahlungszimmers zum Ausdruck gebracht. Unsere Mitgliederzahl ist trotz eingeschränkter Beschäftigungsmöglichkeit um 6 gestiegen.

Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl der Kollegen Hölzel, Biesch, Großmann, Krug, Dinter, Klose und Fröndberg; als Revisoren der Kollegen Stammisi, Stumpe und Funke. Im März soll eine besonders vorbereitete Mitgliederversammlung mit anschließender Zahlstellengründungsfeier stattfinden. Mit Dankesworten an alle Funktionäre und der Bitte um rege Mitarbeit schloß Kollege Hölzel die Versammlung. Nächste Versammlung am Mittwoch, dem 12. Februar.

Strefeld. Unsere am 7. Januar abgehaltene Jahresgeneralversammlung war gut besucht. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß das Jahr 1929 für unsere Zahlstelle ein sehr trauriges war. Infolge Schließung eines Betriebes wurde eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen erwerbslos, von denen nur wenige untergebracht werden konnten. Augenblicklich sind hier am Ort 20 Prozen. der Verbandsmitglieder außer Beschäftigung, und schon wieder droht in mehreren Firmen Betriebsstilllegung oder Einschränkung einzutreten, so daß dann noch mit einer größeren Zahl Erwerbsloser zu rechnen ist. Der Mitgliederbestand beträgt 64 Kollegen und 39 Kolleginnen gegen 59 Kollegen und 30 Kolleginnen am Schluß des vorhergehenden Jahres.

Nach dem vom Kollegen Lehmann gegebenen Rassenbericht ergab sich für die Verbandstafel eine Einnahme von 1036,40 Mt. und eine Ausgabe von 1009,94 Mt. Die Lokaltafel hat bei 961,23 Mt. Einnahmen und 278,26 Mt. Ausgaben einen Bestand von 682,97 Mt. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten, indem der gesamte Vorstand wiedergewählt wurde. Dann gaben die Kollegen Heinrichs und Lehmann ihre Eindrücke beim Besuch der Missionsdruckerei Steyl (Holland) zum besten und regten dabei an, im Herbst dieses Jahres mit der ganzen Zahlstelle dieses berufstechnisch erstklassig eingerichtete Institut zu besuchen. Im Anschluß hieran gab es eine lebhaft besuchte über die Erwerbslosenversicherung. Kollege Krüder empfand es als sehr ungerecht, daß die Buchbinder und Kartonnager zur Krisenfürsorge nicht zugelassen sind. Sämtliche Berufe, von denen die beiden abhängen, wie die Textil- und die chemische Industrie, Buch- und Stein drucker und sogar die Hilfsarbeiter sind zugelassen. Die Versammlung beauftragte den Zahlstellenvorstand, an den Gauvorstand heranzutreten, damit geeignete Schritte unternommen werden, daß auch unsere Mitglieder zu ihrem Recht kommen. Zum Schluß machte Kollege Schüb darauf aufmerksam, daß Sozialrentner, deren Rente die Höhe der Erwerbslosenunterstützung erreicht, keine Erwerbslosenunterstützung erhalten. Wenn die Sozialrentner die Erwerbslosenunterstützung nicht bekommen sollen, dann sei es ungerecht, daß sie Erwerbslosenversicherungsbeiträge zahlen müssen. Man soll versuchen, die Beiträge wieder zurückzuerhalten. Nachdem dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Neustadt a. d. S. Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in der Kollege Münch den Geschäfts- und Rassenbericht erstattete. Die Arbeit der Zahlstelle wurde in 4 Vorstandssitzungen und 5 Versammlungen erledigt. In zweien dieser Versammlungen war Kollege Meh-Brandt zur Jugend. Kollege Meh mußte durch schriftliches und persönliches Verhandeln verschiedene tarifliche Streitfälle in einem hiesigen Betrieb in Ordnung bringen. Leider war beinahe ¼ Jahr hindurch über die Hälfte der Mitglieder unserer kleinen Zahlstelle zur Kurzarbeit und auch zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Dieser Zustand hält zurzeit noch an. Hoffentlich bleibt es nicht nur ein Wurf, daß das laufende Jahr besser wird. In den Druckereien war die Beschäftigung zufriedenstellend. Kollege Münch machte auf die kommenden Tarifverhandlungen aufmerksam, betonend, daß dabei ein harter Kampf entbrennen werde. Das gehe aus

einer Entschließung hervor, die die pflichtigen Buchdruckerbesitzer vor kurzem auf einer Tagung angenommen haben, nach der nicht nur keine Lohn erhöhungen, sondern unbedingt ein Lohnabbau eintreten müsse.

Aus dem Rassenbericht war folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen für die Verbandstafel betrugen im abgelaufenen Quartal 332,55 Mt., die Ausgaben 322,85 Mt. Die Einnahmen der Lokaltafel betrugen einschließlich 136,16 Mt. Rassenbestand 198,61 Mt., die Ausgaben 37,60 Mt. Unser Rassenbestand ist auf 161,01 Mt. gestiegen. An Arbeitslosenunterstützung wurden im letzten Jahre aus der Verbandstafel 784,50 Mark, an Krankenunterstützung 140,80 Mt. verausgabt. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Dann wurde beschlossen, des 2-jährigen Bestehens der Zahlstelle am 5. April durch eine kleine Feier zu gedenken. Zum Schluß machte Kollege Münch noch darauf aufmerksam, von dem Recht der Antragstellung auf Steuerrückerstattung Gebrauch zu machen, da diese für die meisten in Frage kommt. Hierauf wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Neutlingen. Die Mitgliederversammlung am 10. Januar war von unseren Kolleginnen und Kollegen außerordentlich stark besucht. Einleitend gab Kollege Speidel einen Bericht über die Werbeweche im IV. Quartal 1929, die im ganzen Gau Württemberg und Baden zur Durchführung gekommen ist. Im Laufe des Monats November wurden etwa 60 Adressen von unorganisierten Kollegen und Kolleginnen gesammelt, die sich in der Hauptsache auf die Betriebe Blesing in Neutlingen und Rudolf Heblader, Kartonnagenfabrik in Neutlingen verteilten. Die Agitation war äußerst schwierig, da die Mehrzahl der betreffenden Kolleginnen und Kollegen außerhalb Neutlingens wohnhaft ist. Hausagitation konnte daher nur in beschränktem Umfang betrieben werden. Im Rahmen der Werbeweche wurde von der Ortsverwaltung eine Betriebsversammlung für den Betrieb Rud. Heblader und eine solche für den Betrieb Rob. Blesing einberufen. Während die letztere keinen Erfolg brachte, konnten wir die Kollegen der Firma Rudolf Heblader fast restlos für unsere Organisation gewinnen. Einen starken Besuch durch unsere Mitglieder hatte auch eine Agitationsversammlung am 29. November, in der Kollege Dürr, Lahr, einen sehr interessanten und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt über: „Der einzelne und die Gesamtheit“. Die Agitation wird im I. Quartal fortgesetzt. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Unser 30-jähriges Stiftungsfest“ machte Kollege Speidel längere Ausführungen. Die Feier findet am 1. Februar mit einem interessanten und reichhaltigen Programm statt. Mit dem Stiftungsfest ist auch eine Subilarlehre verbunden. Sämtliche Zahlstellen und Gauangehörige des Gau Württemberg und Baden werden zu dieser Feier eingeladen. Nach kurzer Distussion, die sehr sachlich und ruhig verlief, konnte Vorsitzender Speidel die Versammlung mit Dankesworten schließen.

Wittenberg. Zu unserer am 10. Januar stattgefundenen Generalversammlung war ein sehr großer Teil der Mitglieder erschienen, trotzdem wir bebauerlicher Weise eine Kollegin haben, die unter dem Vorwande der Lokaltafel die Kolleginnen vom Besuch der Versammlungen abzuhalten versucht. Der Vorsitzende rügte dieses Verhalten und drohte für den Wiederholungsfall mit den schärfsten Maßnahmen. Die Versammlung hatte außer der Vorstandswahl einige sehr wichtige Punkte zu erledigen. Vor allem spielte die Frage des Tagungslokals eine große Rolle. Dieses hat auch einige Kollegen veranlaßt, den Versammlungen fernzubleiben. Es wäre jedoch besser, wenn sie in den Versammlungen erschienen und ihre Ansichten vertreten würden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die Verfechter ihres Ideals auch dann nicht erscheinen, wenn man ihrem Wunsch nachkommt. Kollege Schwarz brachte zum Ausdruck, daß es im Interesse der Mitglieder und zur Hebung des Versammlungsbefuches notwendig ist, ein Lokal zu wählen, das einen guten Besuch verbürgt und in dem sich die Mitglieder wohlfühlen. Der letzte Versammlungsbefuch beweist dies und außerdem ist es ein Arbeitertokal. Die Frage des Gewerkschaftshauses zog sich wie ein roter Faden durch unsere letzten Versammlungen. Aus der Mitte der Kollegenschaft wurden Verheerungen laut, daß der Arbeiterschaft dort nicht das geboten wird, was man verlangen kann. Noch andere Klagen wurden angebracht.

Der Jahresbericht, den Kollege Gallen gab, war kurz gehalten, neben einer Jubilarfeier und einer Bezirksversammlung sind wichtige Begebenheiten nicht zu verzeichnen. Aus dem Rassenbericht ist zu entnehmen, daß es durch eine gut durchgeführte Sparbarkeit gelungen ist, den Rassenbestand der Lokaltafel von 2,94 Mt. Defizit im Vorjahr auf 202,12 Mt. Bestand am Jahreschluß zu bringen. Die Vorstandswahl erbrachte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit Ausnahme des Besitzers, an dessen Stelle

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 5. Wochenbeitrag für 1930 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achtet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Kollege Schwarz gewählt wurde. Aus einer Reihe von Anträgen ist einer hervorzuheben, der für die Lehrlingskasse sowie für die I. und II. Klasse einen Lokaltbeitrag von 5 Pf. eingeführt wissen will. Kollege Schwarz begründet diesen Antrag damit, daß den Lehrlingen sowie den Mitgliedern der I. und II. Klasse in Krankheits- und Notfällen auch eine Unterstützung aus lokalen Mitteln zuteil wird. Dem Antrag wurde zugestimmt. Kollege Schwarz streifte dann noch einige berufliche Fragen, so die internationale Konferenz, die zur Frauenarbeit in unserem Berufe Stellung genommen hat. Als Beispiel hierzu führte er an, daß in vielen Betrieben das Kapital der Bücher von Frauen ausgeführt wird. Es muß bei den kommenden Verhandlungen auch beim „Apt“ darauf hingewirkt werden, daß Frauen- und Männerarbeit getrennt gehalten wird, nicht daß man alte Kollegen auf die Straße setzt und ausgeleitete Kollegen nicht einstellt. Auf diese Weise scheint man die Kapitalbildung durchzuführen zu wollen und — wie immer — auf Kosten der Arbeiter. Nachdem noch einige interne Fragen erledigt waren, ging die Versammlung zum gemüthlichen Teil über. Der Vorstand hatte sich bemüht, der Kollegenschaft noch einen gemüthlichen Abend zu bieten. Eine volkstümliche Musik hat das ihrige, um die Versammelten in guter Stimmung zu halten. Die Mitglieder werden mit diesem Abend zufrieden gewesen sein.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Abrechnungen

vom vierten Quartal 1929 gingen weiter bis zum 21. Januar bei der Verbandstafel ein von:
Dessau 250,— Mt., Hildesheim 75,— Mt., Kassel 800,— Mt., Lachen 450,— Mt., Düren 380 Mt., Koblenz 194,80 Mt., Krefeld — Mt., Grünstadt — Mt., Ludwigshafen 1069,25 Mt., Wiesbaden 465,20 Mt., Gau Thüringen — Mt., Halle 1700,— Mt., Amenuu 700,— Mt., Jena 384,— Mt., Mühlhausen — Mt., Saalfeld 440,— Mt., Schmällin 100,— Mt., Weimar 750,— Mt., Zeitz 50,— Mt., Annaberg-Buchholz 500,— Mt., Glauchau 200,— Mt., Leipzig 35 000,— Mt., Meissen 250,— Mt., Sebnitz — Mt., Trofingen 220,— Mt., Ansbach 20,— Mt., Kaufbeuren — Mt.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter, K. = Kassierer.
Bunzlau: B. Erwin Borchert, Amalienstraße 12;
K. G. Berndt, Görtlicher Str. 47.
Düren: B. Jean Roemer, Bergstr. 39;
K. Karl Jäger, Karlstr. 11. Auszahlungen Donnerstags von 18—20 Uhr.
Ludenwalde: B. Otto Hannemann, Dessauer Str. 24;
K. P. Lehmann, Feldstr. 9.

Der Vorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Das Wirtschaftsjahr 1929.
Die Lage in der Buchbinderel.
Aus der Geschäftsbuchbranche.
Wir brauchen einen besseren Lohn!
Zur Unterhaltung: Fufel. — Die billige Nachigall.
Aus der Sozialversicherung: In diesen Steinladestarter (Gedicht). — Der Wille der Versicherten. — Arbeitsfähigkeit und Arbeitslosenunterstützung. — Die Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung. — Anrechnung der Kriegsgrenzen auf die Arbeitslosenunterstützung. — Sozialversicherung und Privatversicherung.
Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin. I.
Berichte: Altenburg. — Bamberg. — Braunschweig. — Hirschberg. — Krefeld. — Neustadt a. d. S. — Neutlingen. — Wittenberg.
Bekanntmachungen des Vorstandes: Wochennummern. — Adressenänderungen.